

Planunterlage		
— — — — —	Gemarkungsgrenze	20
— — — — —	Flurgrenze	20
— — — — —	Flurstücks- bzw. Eigentumsgrenze mit Grenzmaß	20
— — — — —	Flurstücksnummer	20
		Hauptgebäude mit Hausnummern
		Öffentliche Gebäude
		Wirtschaftsgebäude, Garagen
		Verkehrsflächen
		Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: privat
		Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)
		Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
		Sonstige Festsetzungen
		Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes

- e) Aufstellen eines Amphibenschutzzauns
Zur Vermeidung der Tötung von Amphibien nach § 44 BNatSchG müssen Amphibien-schutzzaune errichtet werden, die die Einwanderung in das Baufeld verhindern. Die Zaune sind so auszurichten, dass Amphibien ihre Laichgewässer erreichen, anschließend jedoch in sichere Winterquartiere südlich abwandern können. Die Aufstellung muss im Zeitraum März bis spätestens Mitte Juni vor der Gehölzbesetzung erfolgen und bis zur Fertigstellung der Bauarbeiten bestehen bleiben.
- f) Umsetzen von Waldkiesensbaumstümpfen
Vor Beginn der Rodung ist das Baufeld auf Nester der Roten Waldameise abzusuchen. Nachweislich besetzte Haufen sind in geeignete Ersatzhabitate umzusiedeln. Optimaler Zeitraum: Mitte März bis Mitte Mai. Umsiedlungen bis Mitte Juli sind möglich, jedoch mit erhöhtem Risiko. Spätere Maßnahmen sind i. d. R. nicht erforderlich. Bei Bedarf kann die Deutsche Ameisenstation e. V. hinzugezogen werden.

- CEF-Maßnahmen:
a) Hängen von 3 Nisthilfen für Stare
Als Ersatz für verkorene Bruthöhlen sind drei Nisthilfen mit 48 mm Einflugöffnung vor Gehölzbesetzung aufzuhängen. Platzierung an größeren Bäumen, in mind. 4 m Höhe, abseits der Straße.
b) Schaffung von Fledermausquartieren an Bäumen
Für Fledermaus, Raufußfledermaus und Braunes Langohr sind folgende Kästen zu errichten:
• 10 Quartiere für Fledermaus
• 10 Quartiere für Raufußfledermaus
• 20 Quartiere für Braunes Langohr
Die Quartiere sind standortgerecht zu gruppieren (Radius < 2.500 m), mindestens 3-4 m hoch, in gemischter Exposition. Alle Kastenbäume sind dauerhaft aus der Nutzung zu nehmen; 100 m Pufferzone abzugrenzen zu stellen. Langfristige Sicherung der Altholzinseln, Nutzungsverzicht und Totholzförderung erforderlich.
c) Ggf. Ersatzquartiere an Gebäuden
Sofort durch Umbauarbeiten an der Ställe der Quartiere der Zwergfledermaus entfernt werden, sind 10 Ersatzquartiere (davon mind. 2 großräumige für Wochenstuben) in der Umgebung zu schaffen. Einflugöffnungen mind. 3 m hoch, nach Süden oder Osten exponiert, keine Ausrichtung zur Straße. Kästen in Gruppen (5-10), mit mind. 5 m Abstand untereinander. Langfristige Verlegung alle 5 Jahre.
d) Erstellung eines CEF-Maßnahmenkonzepts
Das Maßnahmenkonzept muss im Vorfeld alle CEF-Maßnahmen planerisch bündeln, inklusive:
• Standort, Kastenarten, Artenschutz
• Integration der Ameisenrüdung
• Abstimmung mit Untere Naturschutzbehörde
e) Verzicht auf Dauerbeleuchtung
Da die Anlage im biland unbeleuchteten Außenbereich errichtet wird, ist jede nächtliche Dauerbeleuchtung zu vermeiden. Zwischen Mitte März und Mitte November ist auf Beleuchtung von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang vollständig zu verzichten. Quartierbereiche (z.B. Ställe) sind von jeglicher (auch temporärer) Beleuchtung auszunehmen.

- 2.2 Ausgleichs-/ Kompensationsmaßnahmen
Der Bebauungsplan „Biogasanlage Preister“ verursacht bei der Realisierung Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft, die auszugleichen sind (163.986 Wertpunkte). Der Ausgleich soll über folgende Fläche sichergestellt werden:
• Fläche 1: Gemarkung Nienborg, Flur 51, Flurstück 14 (tlw.); ca. 12.415 m²
• Fläche 2: Gemarkung Wessum, Flur 45, Flurstück 6; ca. 10.403 m²
• Fläche 3: Gemarkung Heek, Flur 1, Flurstück 8 (tlw.); ca. 6.207 m²
• Fläche 4: Gemarkung Heek, Flur 1, Flurstück 8 (tlw.); ca. 2.997 m²

- 2.3 Bodendenkmal
Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodendenkmal, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelrunder, aber auch Veränderung und Verfallung in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Gronau als Untere Denkmalbehörde und/oder der LWL Archäologie für Westfalen, Außenstelle Münster unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungstelle mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 16 und 17 DtschG NRW), falls diese nicht vorher von der Denkmalbehörde freigegeben wird. Der Landschaftsverband ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für die wissenschaftliche Erforschung bis zu sechs Monate in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DtschG NRW).

- 2.4 Genehmigungen nach BauGB und BImSchG
Unabhängig von dieser Bauplanung gelten für die Errichtung und den Betrieb dieser Biogasanlage diverse Genehmigungen nach BauGB und BImSchG. Diese Genehmigungen gelten entsprechend weiterhin.

- 2.5 Rechtliche Grundlagen
Die dieser Planung zugrundeliegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse, DIN-Vorschriften) können während der Dienststunden bei der Stadt Gronau im Fachdienst 461 - Stadtplanung (Grünstraße 64, 48599 Gronau, 02562 12-270, bauplanung@gronau.de) eingesehen werden.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN	
Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I 3634) in der zurzeit gültigen Fassung BauNutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786) in der zurzeit gültigen Fassung Planzonenverordnung vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58) in der zurzeit gültigen Fassung Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994, (GV NRW S.666), in der zurzeit gültigen Fassung	
KATASTERNACHWEIS	
Die Darstellung der Grundstücksgrenzen stimmt mit dem Katasternachweis überein. Stand: Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung.	
Gronau, den	Dipl.-Ing. Walter Niehoff Örtlicher bestellter Vermessungsingenieur Wilhelmstr. 32 - 48599 Gronau Telefon: 02565404270-Fax 4042080
VERFAHRENSVERMERKE	
AUFSTELLUNGSBESCHLUSS	
Der Rat der Stadt Gronau hat in seiner Sitzung am, die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Biogasanlage Preister“ beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht.	
Gronau, den	
Bürgermeister	
VERÖFFENTLICHUNG	
Der Rat der Stadt Gronau hat in seiner Sitzung am, dem Entwurf der Satzung und der Begründung zugestimmt und die Veröffentlichung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der Veröffentlichung wurden am ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes mit der Begründung und dem Vorhaben- und Erschließungsplan sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom bis gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen.	
Gronau, den	
Bürgermeister	
SATZUNGSBESCHLUSS	
Der Rat der Stadt Gronau hat den vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.	
Gronau, den	
Bürgermeister	
BEKANNTMACHUNG	
Der Satzungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht worden. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten.	
Gronau, den	
Bürgermeister	
VERLETZUNG VON VORSCHRIFTEN	
Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes und der Begründung nicht geltend gemacht worden.	
Gronau, den	
Bürgermeister	

Erläuterungen zum Vorhaben

Herr Gerhard Preister plant mit seinem Sohn Johannes Preister die Erweiterung der bestehenden Biogasanlage auf der landwirtschaftlichen Hofstelle Preister in 48599 Gronau-Epe. Die bestehende Anlage wurde mit dem Genehmigungsbescheid aus dem Jahr 2004 als Nebenanlage zum Tierhaltungsbetrieb genehmigt. Das in der bestehenden Anlage produzierte Biogas wird in den Blockheizkraftwerken (BHKW) für die Stromproduktion zur Einspeisung in das öffentliche Netz und für die Wärmeproduktion zur Fermentierung und weiterer angeschlossener Gebäude genutzt. Zusätzlich wird die aus dem BHKW ausgekoppelte Wärme für eine Sogtrocknungsanlage verwendet. Die letzte wesentliche Änderung (Betrieb eines 3. BHKW, Aufstellung einer Notfackel, Neuerichtung Gärlager 3) wurde mit dem Bescheid vom 21. Juli 2014 vom Kreis Borken genehmigt.

Die Erweiterung der Biogasanlage betrifft die zusätzliche Errichtung von drei Gärbehältern (Fermenter) mit Gaserfassung und drei Gärlagertanks mit Gasseparchdach, zwei Feststoffentfänger mit Aufbereitung, Zerkleinerung und Ansaugsystem, einer Separation zur Trennung der flüssigen und festen Phase und einem Vorlagebehälter mit geschweifelter Folienabdeckung. Für die Gasreinigung wird eine externe Entschwefelung inkl. Sauerstoffgenerator mit nachgeschalteter weiterer Gasreinigung mit Kühlung und Aktivkohlefiltern vorgesehen. Alle relevanten festen Substrate (hier vorw. Feinstmist) sollen in einer neuen Halle untergebracht werden, wo auch die Feststofflöscher aufgestellt werden. Für die Annahme von Gülle wird ein Vorlagebehälter realisiert.

Außerdem soll die Anlage auf die Produktion von Biomethan umgestellt werden, das in das öffentliche Erdgasnetz eingespeist wird. Die Einspeiseanlage wird vom Gasnetzbetreiber separat beantragt. Um Biomethan zu erzeugen, bedarf es zuvor einer Gasreinigung (z.B. mit externer Entschwefelung) und einer Gasaufbereitungsanlage inklusive Nachverbrennung von abgetrennten CO₂ oder alternativ einer Gewinnung von verflüssigtem CO₂.

Die bestehende Anlage wird weiterhin Strom und Wärme über die BHKW erzeugen. Zwei zusätzliche neue BHKW sind in einem neuen Gebäudeanbau für eine flexible BHKW-Verstromung mit Adbuallagertanks vorgesehen. Ein weiteres BHKW wird in einem Container mit Nebenanlagen aufgestellt. Über einen neuen Pufferspeicher kann Heizwärme aus dem flexiblen BHKW-Betrieb zwischen gespeichert werden. Ein neuer Fermenter mit Feststoffentwurf wird ebenfalls an der bestehenden Anlage geplant. Weiterhin ist ein Neubau mit Büro, Technik- und Sozialräumen sowie eines Verlegetankes geplant sowie untergeordneten Nebenanlagen wie Trafostationen, Fahrzeugwaschanlage und Gasfackeln, die zum Betrieb erforderlich sind.

- Folgende Ziele werden mit der Erweiterung der BGA erreicht:
1. Wirtschaftlicher Weiterbetrieb der Bestandsanlage mit Versorgung des Nahwärmenetzes
 2. Höchstmögliche Stromproduktion
 3. Produktion von Biomethan aus regionalem Wirtschaftsdünger und NawaRo
 4. Erhöhung der Gärlagerkapazität auf bis zu 9 Monate
 5. Die Möglichkeit der Produktion von Wasserstoff aus Rohbiogas und überschüssigen Grünstrom
 6. Die Möglichkeit zur Schaffung eines geschlossenen Systems durch Produktion von hochwertigem Mineraldünger und dadurch Reduzierung der Transporte und Verbesserung der CO₂-Bilanz

Kurzbeschreibung zur geplanten Anlage

Zur Fermentation in der Biogasanlage sind überwiegend Wirtschaftsdünger (sowohl flüssig als auch fest) und bei Bedarf auch nachwachsende Rohstoffe vorgesehen. Die festen Wirtschaftsdünger werden in der neuen Halle angeliefert, abgeteilt und dann bedarfsweise über die Feststoffentfänger in die Fermenter eingebracht. Die flüssigen Wirtschaftsdünger werden über den neuen Vorlagebehälter dem Fermentationsprozess zugeführt. Die nachwachsenden Rohstoffe gelangen mittels Radialer von der bestehenden Substratlagerhalle in das Eintragsystem. Die Einsatzstoffe werden i.V.m. einem Aufbereitungs- und Ansaugsystem in die Fermenter eingebracht.

Die neuen Fermenter in Stahlwandausführung und Stahldach sind mit einer Wandeheizung ausgeführt. Die in die Fermenter zugeführten organischen Rohstoffe werden bei ca. 38 bis 40 °C mit Hilfe von Mikroorganismen (Methanobakterien) biologisch abgebaut. Das Stoffwechselprodukt dieses Vorgangs ist ein methanhaltiges Gasgemisch, auch Biogas genannt. Nach seiner Entstehung in den Fermentern steigt das Biogas in die Gassepicher und wird über Gasleitungen zur Gasreinigung und dann in die Gärlager, die mit Folienabdeckung und Gassepicher ausgestattet sind, und anschließend den Gasverbraucher geführt.

Das erzeugte Biogas wird zunächst einer Gasreinigung mittels externer Entschwefelung und Aktivkohlefiltern unterzogen. Dabei wird der im Biogas enthaltene Schwefelwasserstoff in elementaren Schwefel umgewandelt, bzw. an der Oberfläche der Aktivkohle adsorbiert. Der notwendige Sauerstoff wird mittels eines Sauerstoffgenerators erzeugt und dem Rohbiogas zugeführt. Zu den weiteren Ausstattungsmerkmalen der Entschwefelungsanlage gehören sowohl ein Heizwärmer zur Einstellung der Betriebstemperatur und Feuchtigkeit des Biogases als auch eine Technikzentrale. Das gereinigte Biogas wird danach durch die Biogasaufbereitungsanlage auf Erdgasqualität aufbereitet und letztendlich mit einer Biogaseinspeiseanlage in das öffentliche Gasnetz eingespeist. Über eine Schwachgas Nachverbrennung wird die rückständige Verbrennung kohlenwasserstoffhaltiger Luftschadstoffe sichergestellt. Alternativ wird das abgetrennte CO₂ einer Verflüssigungsanlage zugeführt, das mittels Tanktransport-LKW z.B. in der Lebensmittelindustrie eingesetzt werden kann.

Aus den Fermentern oder dem 1. Gärlagerbehälter entnommenes Substrat wird einer Separation in der neuen Halle zugeführt. Der Separator trennt den Gärrest in eine flüssige und eine feste Phase. Die flüssige Phase wird bei der landwirtschaftlichen Ausbringung in den neuen Gärlagertanks gelagert. Die feste Phase wird in der neuen Halle in einem flexiblen BHKW-Betrieb zwischen gespeichert werden. Ein neuer Fermenter mit Feststoffentwurf wird ebenfalls an der bestehenden Anlage geplant. Weiterhin ist ein Neubau mit Büro, Technik- und Sozialräumen sowie eines Verlegetankes geplant sowie untergeordneten Nebenanlagen wie Trafostationen, Fahrzeugwaschanlage und Gasfackeln, die zum Betrieb erforderlich sind.

Zur Produktion von grünem Wasserstoff sind zukünftig Elektrolyseure und Biogasreformer vorgesehen. Über den Elektrolyseur wird aus grünem Strom, Wasserstoff hergestellt. Der Biogasreformer produziert direkt aus dem Biogas über Dampfverformierung und Druckwechseladsorption grünen Wasserstoff. Der Wasserstoff aus beiden Anlagen, kann als Kraftstoff an die Tankstellen (z.B. in Gronau-Epe) vermarktet werden oder dem Biomethan beigemischt werden und mit in das Erdgasnetz eingespeist werden. Zusätzlich kann aus Biogas über eine Brennstoffzelle Strom erzeugt werden. Zur Zwischenspeicherung von Strom sind Batteriespeicher in Containeraufstellung vorgesehen.

Zur Wärmeversorgung der Biogasanlage (Fermenterheizung, Sogtrocknung) und dem Nahwärmenetz dienen die vorhandenen und neuen BHKW am Anlagenstandort und als Redundanz eine Wärmepumpe und Holzpelletsheizheizung sowie ein Viessmann-Verbrennungssofen.

Es ist eine Umwallung des Anlagenstandortes vorgesehen, um entsprechend der wasserrechtlichen Anforderung an Biogasanlagen Gärsubstrat auf dem Anlagenstandort zurück halten zu können.

Planzeichenerklärung
Gemäß Planzonenverordnung 1990 vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I. S. 58) in der aktuell gültigen Fassung und der BauNutzungsverordnung vom 21.11.2017 (BGBl. I. S. 3786) in der aktuell gültigen Fassung.

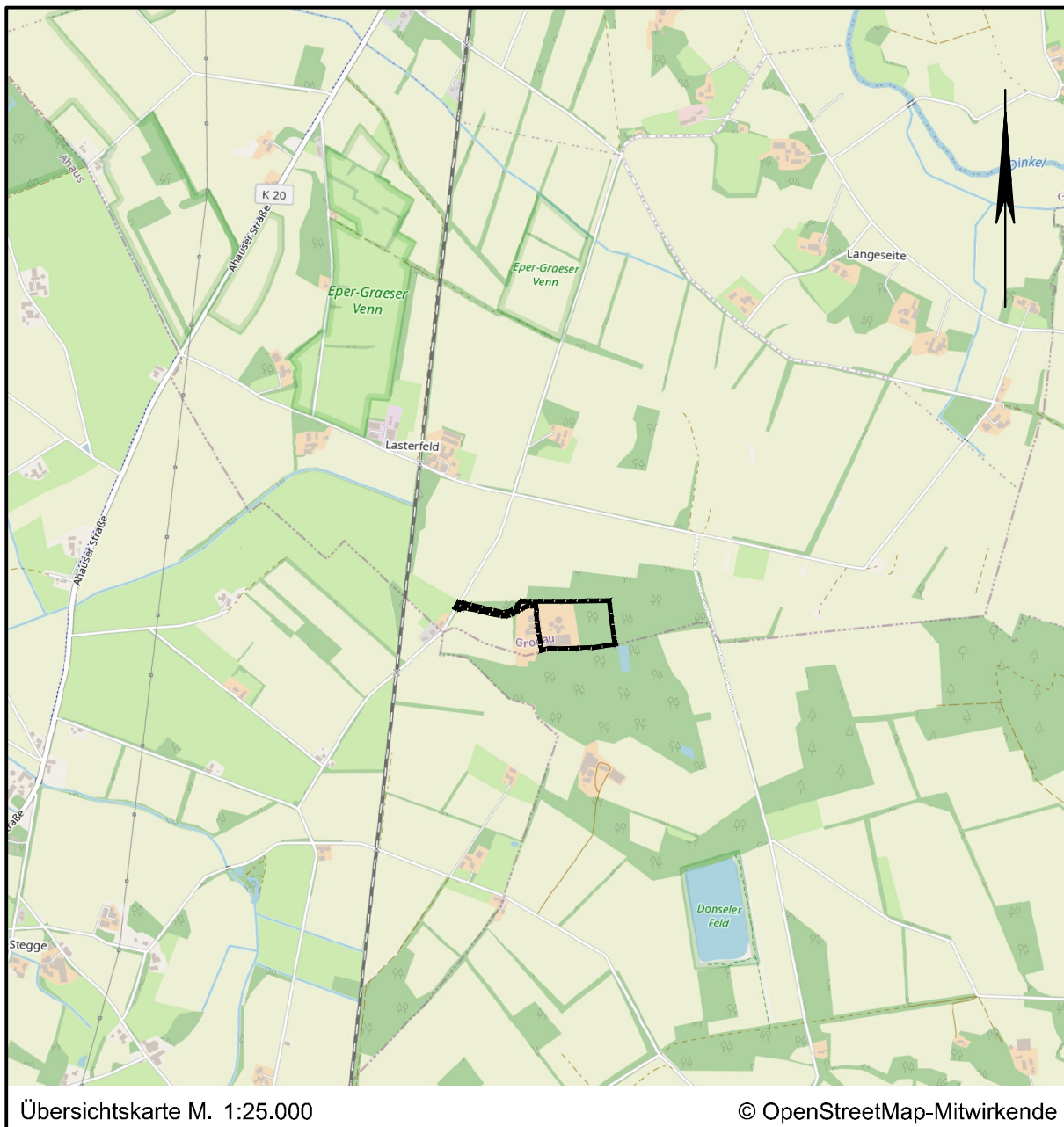
Festsetzungen	
Art der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 bis 11 BauNVO)	
50 Sonstige Sondergebiete (§ 11 BauNVO): Biogasanlage	
Maß der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. §§ 16 bis 21a BauNVO)	
0,8 Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO)	
Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. §§ 22 u. 23 BauNVO)	
Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)	
Verkehrsflächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)	
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: privat	
Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)	
Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	
Sonstige Festsetzungen	
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes	



1 PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN gemäß § 9 Abs. 1 BauGB

- 1.1 Sonstiges Sondergebiet (SO „Biogasanlage“) gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 BauNVO
a) Das Sondergebiet „Biogasanlage“ dient vorrangig dem Betrieb einer Biogasanlage zur Energiegewinnung aus Wirtschaftsdüngern und nachwachsenden Rohstoffen. Zulässig sind Gebäude, Anlagen und Nebenanlagen, die diesem Betrieb dienen. Dazu gehören u.a. die bereits bestehende Biogasanlage sowie die neuen baulichen Anlagen / Anlagenanteile / Nebenanlagen.
b) Zum Betrieb der Biogasanlage sind ausschließlich Wirtschaftsdünger und nachwachsende Rohstoffe als Einsatzstoffe zulässig.
1.2 Höhe baulicher Anlagen gemäß § 9 Abs. 3 BauGB i.V.m. § 16 und 18 BauNVO
a) Die baulichen Anlagen dürfen eine Höhe von 71,50 m über Normalhöhennull (NNH) nicht überschreiten (dies entspricht einer Gebäuhöhe von ca. 26 m über Gelände).
b) Die unter a) festgesetzte Höhe baulicher Anlagen darf durch einzelne, funktionsgebundene Anlagen (z.B. Rührwerke, Schornsteine, Geländer o.ä.) mit einer Grundfläche von höchstens 25 m² / insgesamt höchstens 5 % der zulässigen Grundfläche um maximal 3,50 m überschritten werden.
1.3 Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
Die in der Planzeichnung festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind mit standortgerechten, heimischen Sträuchern zu bepflanzen. Im Bereich der Umwallungen ist auf tiefwurzelnde Sträucher zu verzichten. Die in den Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen vorhandenen Gehölze sind zu erhalten oder durch Neupflanzungen gleichwertig zu ersetzen.

2 NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN gemäß § 9 Abs. 6 BauGB und sonstige Hinweise

- 2.1 Artenschutz
Vermeidungsmaßnahmen:
a) Bauteilerrückgang, Gehölzbesetzungen“ (zulässig 01.12. bis 28.09.2021).
Zur Vermeidung der Tötung von Vögeln und von überlebenden Fledermäusen im Sommer- und Übergangsquartier sind Arbeiten an Gehölzen (Fällung / Besetzung / Rodung / Flächenräumung) nur in der Zeit vom 01.12. bis zum 28.09.2021 durchzuführen. Nach vorheriger fachgutachterlicher Kontrolle auf eine Eignung als Winterquartier können ungeeignete Gehölze bereits ab dem 01.10. gefällt werden. Zur Vermeidung der Tötung von Fledermäusen im Winterquartier ist die Kombination mit der ökologischen Baubegleitung erforderlich.
b) Bauteilerrückgang, Gebäuden- oder umbau“ (zulässig 01.10. bis 31.03.).
Während der An- oder Umbauarbeiten während der Bauteilerrückgang, besteht die Gefahr der Zerstörung oder Aufgabe von Gelegen und somit der Tötung von Eiern oder nicht flüggen Jungvögeln von Schwaben sowie der Entwertung von Fledermausquartieren mit der Gefahr der Tötung von überlebenden Fledermäusen. Jeglicher Artbau der Gebäude muss außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit von Rauchschnäbeln (01.04. bis 30.09.) und außerhalb der Aktivitätsphase der Fledermäuse also nur im Zeitraum 01.10. bis 31.03. stattfinden. Sollte es nicht möglich sein, außerhalb dieser Zeiträume zu arbeiten, so sind die betroffenen Bereiche vorab durch eine ökologische Baubegleitung auf Nester und Fledermausquartiere zu untersuchen. Baubegleitung erforderlich.
c) Bauteilerrückgang, Beginn der Bauarbeiten außerhalb der Wochenstubezeit“ (zulässig 01.08. bis 30.04.).
Durch Erschließungs- und Bauarbeiten während der Wochenstubezeit von Fledern müssen kann es zu erhöhten lärm-, staub-, licht- und transportbedingten Störungen kommen. Dies kann zur Aufgabe der Wochenstube führen und damit indirekt eine Tötung verursachen. Zur Vermeidung dieser Konflikte sind störtsensitive Bautätigkeiten im direkten Umfeld (ca. 50 m) zu bekannten Quartieren in der Zeit vom 01.05. bis 01.08. auszuschließen.
d) Ökologische Baubegleitung „Baumfällung“
Die ökologische Baubegleitung dient der Vermeidung der Tötung von besonders geschützten Arten (v.a. Fledermäuse und Brutvögel). Vor Beginn von Baumfällarbeiten ist eine Kontrolle der Bäume auf Quartiereignung durchzuführen. Ungeeignete Bäume können in Zeitraum 01.10. bis 28.09.2021 ohne weitere Kontrolle gefällt werden. Bäume mit möglicher Quartiereignung sind unmittelbar vor der Fällung zu untersuchen - ggf. unter Einsatz eines Hubschneiders, im Falle nicht sicher ausschließender Besatz sind abgestufte Verfahren bis hin zu vollständigen Rückhalt vorgesehen. Die Untere Naturschutzbehörde ist über die Maßnahmen zu informieren; eine Kurzdokumentation ist vorzulegen.



Lagebezug: ETRS89 UTM 32N				
Entwurfsbearbeitung:	 INGENIEURPLANUNG GmbH & Co. KG Münsterstraße 4 • 47534 Wilhelmsberg Tel.054073800-0 • Fax054073800-0		Datum	Zeichen
		bearbeitet	09.2025	Sz
		gezeichnet	09.2025	Hd
		geprüft		
		freigegeben		
Wallenhorst, 29.09.2025				
Plan:		H:\GRONAU\224106\PLAENE\Bp\bp_jolan-Preister_03.dwg(B-Plan)		
	Stadt Gronau Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Biogasanlage Preister"			
	mit Vorhaben- und Erschließungsplan			
Entwurf		Maßstab 1:1.000		
Revisions- 29.09.2025		Seitendatum 29.09.2025		